



## PRESSEMITTEILUNG

### Betreuungsmangel in der Region: Landtag trifft wichtige Entscheidungen

Mehr Geld und mehr Flexibilität: Mit 105 Millionen Euro und neuen Betreuungsmodellen will das Land gegen den Mangel an Kita-Plätzen vorgehen. Die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller ordnet ein, was diese Entscheidung für die Familien am Hochrhein bedeutet.

Waldshut-Tiengen, 30.11.2023

**Sabine Hartmann-Müller MdL**

Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Straße 12  
Telefon: +49 711 2063 8420  
sabine.hartmann-mueller@  
cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro  
Hauptstraße 18  
79761 Waldshut-Tiengen  
Telefon: +49 7741 83 52 605  
sabine.hartmann-mueller.wk@  
cdu.landtag-bw.de



Im Kampf gegen den wachsenden Betreuungsmangel in der Region hat der Landtag von Baden-Württemberg am 29. November 2023 zwei wichtige Entscheidungen getroffen. „Das Land stellt weitere 105 Millionen Euro für den Kita-Ausbau bereit“, berichtete die Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller. „Der verbriefte Anspruch auf einen Kita-Platz darf nicht nur auf dem Papier bestehen“, findet die CDU-Politikerin, die den Wahlkreis Waldshut-Rheinfelden vertritt.

Neben den zusätzlichen Mitteln hat sich der Landtag auch auf den sog. Erprobungsparagraphen geeinigt. Damit sollen Träger von Kindertageseinrichtungen die Möglichkeit erhalten, von Regelungen des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG) und der Kindertagesstättenverordnung (KiTaVO) abzuweichen und innerhalb eines rechtssicheren Rahmens neue Modelle zu erproben. „Die Gesetzesänderung soll es den Kindertageseinrichtungen ermöglichen, direkt bei uns vor Ort passende Lösungen zu entwickeln, die den Bedürfnissen der Eltern, vor allem aber der Kinder gerecht werden“, sagte Hartmann-Müller. „Der Erprobungsparagraph verbindet Pragmatismus und Betreuungsqualität. Wir wollen mehr Flexibilität erreichen, um Probleme wie personalbedingt verkürzte Öffnungszeiten zu vermeiden“, so Hartmann-Müller.

Modellprojekte wie das Rheinfelder „VÖ+“ sollen auf diese Weise erleichtert werden. Gemeinsam mit der örtlichen Frauen-Union und dem zuständigen Staatssekretär Volker Schebesta (CDU) hatte Hartmann-Müller erst vor wenigen

Wochen eine Podiumsdiskussion in Rheinfelden organisiert.

Überrascht zeigte sich Hartmann-Müller über das Votum der SPD-Fraktion, die gegen die Initiative votiert hatte. „Das passt für mich nicht zusammen. Man kann nicht lautstark für einen Kita-Anspruch sein und dann gegen dessen Durchsetzung stimmen. Die Sozialdemokraten sollten dringend ihre Prioritäten klären“, so die CDU-Frau.